

Obwaldner Volksfreund



Katholisch-konservatives Organ

Wöchentliche Beilagen: „Obwaldner Pfarrblatt“ ■ „Familien-Beilage“ ■ „Obwaldner Buirästubli“

Inserationspreis: Für Obwalden die einpaltige Millimeterzeile od. deren Raum 6 Rp., für die übrige Schweiz 8 Rp., Neblamen 20 Rp. Bei Wiederholungen Rabatt. Placierungsvorschriften werden abgelehnt

Inseraten - Annahme: Schweizer-Annoncen AG., Luzern (Allgemeine schweizerische Annoncen-Expedition. Telephon 21.254) und deren sämtliche Filialen.

Redaktion: Ludwig von Moos Sachseln. Tel. 864 52.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 10.—, halbjährlich Fr. 5.30; Ausland Fr. 14.50 jährlich. — Spesenfreie Einzahlung auf Postcheckkonto VII 1085.

Druck und Expedition: Buch- und Kunstverlag Louis Ehli u. Cie., Sarnen. Telephon Nr. 8 61 32.

Samstag, den 30. März 1940

Erscheint Mittwoch und Samstag

Siebziger Jahrgang — Nr. 26

Neues in Kürze

Die katholisch-konservative Fraktion der Bundesversammlung wählte zum neuen Fraktionsvorsitzenden anstelle des zurücktretenden Nationalrat Dr. S. Walther, Luzern, Nationalrat Dr. E. Nietlisbach, Wohlen. Der Gewählte wird dafür das von ihm geführte Parteipräsidium niederlegen.

Finnland hat eine Regierungsumbildung vorgenommen. Ministerpräsident bleibt Ryti. Außenminister wird Professor Witting, Landesverteidigungsminister General Walden.

Auf Verlangen Frankreichs hat Sowjetrußland den Votschaften in Paris, Surig, vom Posten abberufen, da er in Frankreich nicht mehr „persona grata“ sei.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Teleki wurde am Donnerstag vom Papst empfangen. Er ist inzwischen von Rom wieder abgereist.

Roosevelts Sonderbotschafter Sumner Welles ist am Donnerstag in New York eingetroffen und sofort nach Washington weitergereist. Dort erstattete er Staatssekretär Cordell Hull und Präsident Roosevelt Bericht.

6. Kriegsrat der Alliierten ging am Donnerstag in London zu Ende. — Nicht bloß kein gesonderter Friede oder Waffenstillstand Frankreichs oder Englands mit dem Gegner, auch keine getrennten Verhandlungen und Friedensbedingungen, über die nicht beide Verbündeten im Reinen sind.

Nach deutscher Meldung Bombardierung eines britischen Geleitzuges in der Nordsee und eines französischen Torpedoschiffes im Kanal mit mehreren Treffern.

In Bolivien mißglückter Aufstandsversuch. Die Regierung sei Herr der Lage.

Bei den Parlamentswahlen in Kanada Sieg der Liberalen, der Partei des Ministerpräsidenten Mackenzie King, und damit Gutheißung seiner Kriegspolitik.

Kantone

Schwyz. (Eing.) Der Regierungsrat des Kantons Schwyz hat dem Bundesrat mitgeteilt, daß er gedenke, am 1. August des nächsten Jahres bei Anlaß des 650jährigen Bestehens der schweizerischen Eidgenossenschaft in Schwyz, als dem Sitz des Bundesbriefarchives, eine eidgenössische Bundesfeier zu veranstalten, zu der die Bundesbehörden, die Spitzen der Armee und die Regierungen der Kantone eingeladen werden sollen. Am Vorabend des 1. August wird in Schwyz ein Bundesfeier-Spiel zur Aufführung kommen. Für den 1. August selbst sind ein katholischer und reformierter Feldgottesdienst und nachher eine Fahrt auf das Rütli vorgesehen, wo in Gegenwart der offiziellen Gäste und des Volkes die eigentliche Bundesfeier stattfinden soll. — Der Bundesrat hat von diesen Mitteilungen der Regierung von Schwyz mit Genugtuung Kenntnis genommen.

Aargau. Aus dem Aargau ist zu vernehmen, daß dort ebenfalls an einem neuen Schulgesetz gearbeitet wird. Die Evangelische Volkspartei verlangte nun beim Entwurf, er müsse eine Verpflichtung der erzieherischen Arbeit der Volksschule auf die christliche Weltanschauung enthalten. Dazu lesen wir in einem Kommentar: „Wenn die Schulforschreibung an dieser Forderung scheitern sollte, würde diese Entwicklung in breiten Kreisen des Aargauervolkes sicherlich nicht verstanden.“ In der Tat sollte bei uns in der christlichen Schweiz ein Schulgesetz nicht daran scheitern müssen, daß „breite Kreise des Volkes“ eine Verpflichtung der Schule auf die christliche Weltanschauung ablehnen! Soweit kommt man dann eben...

Thurgau. In Kreuzlingen hatte der Verband von Liebesgaben nach Deutschland, wie der „Thurg. Volksfreund“ zu berichten wußte, einen ganz enormen Umfang angenommen, bevor er nun unterbunden worden ist. Vom 24. bis 29. Februar sollen auf der Hauptpost 1639 Einzelpakete zu 2 Kilo und 106 Postfäde zu je 100 bis 120 Liebesgabenpaketen, zusammen also etwa 12 000 Stück, von Privaten an Private nach Deutschland geschickt worden sein. Der Kreuzlinger Gewährsmann hat auf Grund von Erkundigungen bei Geschäftsleuten angerechnet, daß diese Sendungen einen Wert von rund 30 000 Franken hatten. Und da wollen die deutschen Zeitungen noch behaupten, man sei in der Schweiz den Deutschen übelgesinnt.

Schweizer Bilderbogen

Bedenken.

mp. Nationalrat Dr. Eder (f. l., Thurgau), Sekretär der Thurgauischen Handelskammer, äußerte sich kürzlich in einem Vortrag über die Gefahren, die dem Föderalismus durch den gegenwärtigen Krieg drohen. Auf den ersten Blick mag mancher glauben, solche Besorgnisse seien leicht übertrieben, da der Krieg, bzw. die Mobilisation, nicht direkt an unsere bisherigen öffentlichen Einrichtungen rühren. In Wirklichkeit kann aber von einer unmittelbaren Gefahr gesprochen werden. Wie die Frage der Neutralität in Kriegszeiten erneute Aktualität erhält, so auch der föderalistische Aufbau des Staates. Krieg bedeutet auch für unsere Regierung Vollmachten. Diese neuen Befugnisse bringen Einbrüche in den Föderalismus einmal auf wirtschaftlichem Gebiet durch staatliche Kontrolle von Ein- und Ausfuhr, Verbrauchsregulierung und Preisgestaltung. Dazu kommt, wie Nationalrat Eder betont, noch die Zentralisierung auf sozialem Gebiet (Ausgleichskassen), „wo der Bund alles machen soll unter Ausschaltung von Kanton und Gemeinden“.

Ganz besonders schwerwiegend erscheinen die Gefahren für den Föderalismus neuerdings auf finanzpolitischem Gebiet. Durch die neuen Bundessteuern schaltet sich der Bund in das ureigene Gebiet der Kantone ein, nämlich in die Besteuerung von Vermögen und Einkommen. Leider haben, so führte Nationalrat Eder aus, die kantonalen Finanzdirektoren keine prinzipielle Opposition erhoben, sondern „veranstalten nur einen Wettlauf, um möglichst hohe kantonale Anteile herauszuholen“. Nationalrat Eder schlägt vor, auf die Bundesverfassung zurückzugreifen, welche Kontingente der Kantone an den Bund vorsieht, wenn dieser in Not gerät. Hierin liegt nach Eder eine Lösung für die Erhaltung der kantonalen Steuerhoheit.

Nationalrat Eder bekämpft eindringlich die heutige Tendenz, die fiskalischen Schwierigkeiten der Kantone durch den Bund bekämpfen zu lassen. Im europäischen Raum wächst der Druck auf die Kleinstaaten und damit auch auf die Schweiz. Wenn wir diesem Druck standhalten wollen, muß das Gerüst der fünfundzwanzig selbständigen Kantone erhalten bleiben. Schweizerische Souveränität setzt die Möglichkeit des Bürgers voraus, die Verwaltung wenigstens in einem kleinen Bezirk noch zu überblicken. So kommt zur Sorge um die Erhaltung unserer Neutralität noch die Sorge um die Unversehrtheit des föderalistischen Aufbaues unseres Landes.

Gefährliche Spielereien.

(:) Von verschiedenen Seiten wird gegenwärtig versucht, einen hochpolitischen Entscheid zu forcieren. Es handelt sich um die Umgestaltung des Bundesrates durch die Erhöhung seiner Mitgliederzahl auf 9 und, was vielleicht noch bedeutungsvoller ist, um die Aenderung der Beststellungsart der Landesregierung.

Die Frage, ob 7 oder 9, sei heute beiseite gelassen. Die Befürchtungen, daß ein 9köpfiger Bundesrat der Klügelbildung in der Landesregierung Vorschub leisten und die Geschlossenheit der Landesregierung dadurch herabmindern würde, sind durch noch so lautönende Beteuerungen des Gegenteils nicht beseitigt. Ob es gerade heute, wo die politischen Kompetenzen in allen Ländern konzentriert werden, gerade zweckmäßig ist, in der Schweiz im gegenteiligen Sinne zu marschieren, läßt sich mit guten Gründen zum mindesten bezweifeln. Aber item.

Obwalden

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates.

Die finnische Gesandtschaft in Genf dankt für die Ueberweisung des Ergebnisses der vom Landammannamt zugunsten der Hilfsaktion für Finnland durchgeführten Sammlung, im Betrage von Fr. 1570.—.

Die kantonale Volksabstimmung über das Initiativbegehren betreffend Herabsetzung des Höchstzinsfußes für Grundpfänder auf landwirtschaftlichen Grundstücken wird auf Sonntag, den 19. Mai, in Aussicht genommen.

Die Funktionen einer kantonalen Arbeitseinsatzstelle für die Landwirtschaft werden Herrn Gemeinderat Joseph Berchtold-Halter, Giswil, Präsident des Obwaldner Bauernvereins, übertragen, unter Aufsicht des Vorstehers des Staatswirtschaftsdepartements. Diese besondere Arbeitseinsatzstelle ist der kantonalen zentralen Arbeitsstelle (Kreiskommando) angegliedert.

Der Kantonsbeitrag an die Schützengesellschaften wird auch pro 1940 ausgerichtet, und zwar auf der Basis der Schützenzahl des Jahres 1939.

Die Bundesverfassung von 1848 — und es gereicht den damaligen Politikern sehr zu Ehren — hat sich weislich gehütet, Härten zu schaffen, die der Versöhnung nach 1847 hinderlich geworden wären. Sie hat deshalb darauf verzichtet, den Bundesrat durch das Volk wählen zu lassen. Sie hat sichernde Bestimmungen zugunsten der kleinen Kantone verfassungsmäßig verankert. Vor allem die Bestimmung, daß aus einem Kanton nur ein Bundesrat wählbar sein soll.

Gerade gegen diese Bestimmung sucht heute die Linke, unterstützt durch linksbürgerliche Elemente und Zeitungen, anzukommen. Sie postuliert nicht nur die Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates von 7 auf 9, sie will diese erweiterte Landesregierung auch durch das Volk wählen lassen und fordert zu allem noch das Fallenlassen der Verfassungsbestimmung, wonach aus einem Kanton nicht mehr als ein Bundesrat wählbar sein soll. Was die Wahl des Bundesrates durch das Volk betrifft, so hat die jüngste Bundesratsersatzwahl eindrücklich gezeigt, welchen Agitationsmethoden dadurch die Bahn freigegeben würde. Und gerade diese Bundesratsersatzwahl hatte das eine gute, daß sie eine Volkswahl des Bundesrates als untragbar erwiesen hat — untragbar vor allem im Interesse der Autorität, die die Landesregierung haben soll. Wie schwer es wäre, bei einer Volkswahl des Bundesrates die Rechte der sprachlichen und konfessionellen Minderheiten zu schützen, ermißt jeder, der über das Problem einigermaßen unvoreingenommen nachdenkt. — Aber gerade die Agitation der Linken zeigt, daß auf diese legitimen Rechte der Minderheiten keine Rücksicht mehr genommen werden soll. Und das nennen wir gefährliche Spielereien.

„Das große Weltgeschehen.“

Mit Recht weist das „Basler Volksblatt“ (Nr. 68 vom 20. März) auf eine Neuerscheinung auf dem Schriftenmarkt hin, die als „neutrale Zeitgeschichte“ unter obigem Titel zu den großen internationalen Fragen Stellung nehmen soll. Herausgeber ist Nationalrat Herb. Moos (die Partikel „von“ hat er bescheiden abgelegt, weil man sie nicht nur des guten Klanges wegen führen kann), der jedenfalls am Radio zum Tagesgeschehen seinen Ueberblick bietet. Bei dieser „neutralen Zeitgeschichte“ wird aber — und das ist das Interessante — als „militärischer Mitarbeiter“ vorgestellt: „Franz Carl Endres, ehemaliger Professor für Strategie und Kriegsgeschichte an der Generalstabsschule Konstantinopel, erster Generalstabsoffizier im Balkankrieg und Generalstabchef einer türkischen Armee im Weltkrieg“. Dieser reichsdeutsche Offizier und türkische Generalstabler Franz Carl Endres ist letztes Jahr durch die Gnade des basellandschaftlichen Landrates „Schweizer Bürger“ geworden. Er ist auch dadurch bekannt, daß er an unserem echt schweizerischen Landessender seine Morallehre an den Mann bringen darf... Ist es wirklich opportun oder geschmackvoll, daß dieser Mann und „Schweizer“ sich nach seiner Abstempelung als Eidgenosse wieder mit seinen vollen ausländischen Titeln als Mitarbeiter einer „neutralen“ Zeitgeschichte vorstellt? Würde es sich nicht zum mindesten geziemen, daß er, als nunmehr hiesiger Eidgenosse, wenigstens auf die ausländischen Titel verzichtete, wenn er schon das Dozieren nicht lassen kann? — Das alte Obwaldner Landrecht kannte einen wertvollen Rechtsrat: „Es soll auch kein lauter Landtman in rath oder zue anderen ehren ämbtern gebraucht werden, aber ihre kinder wohl.“ — Die alten Schweizer hatten ein Gefühl für das, was sich schickte, unter den neuen Schweizern scheint es solche zu geben, die nicht im Besitz dieses Tatgefühl sind.

Die Funktionen einer kantonalen Geschäftsstelle für Acker- und Gemüsebau werden Herrn Werner Stuk, Gärtner, Kerns, übertragen. Chef der Stelle ist der Vorsteher des Staatswirtschaftsdepartements.

Das erneuerte Konzessionsgesuch des Bürgergemeinderates Kerns für die Ausnützung des Kernmattbaches geht an die kantonale Baukommission.

Die Schiblichmatta, die einst Bruder Klaus gehörte, wird, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat, zu Staatseigentum erworben.

Dem Kantonsrat wird zuhanden der Landsgemeinde beantragt, dem Einbürgerungsgesuch des italienischen Staatsangehörigen Hans Costa, Bäckermeister, Giswil, zu entsprechen.

Die Subventionsanträge an den Kantonsrat betreffend die Korrektur des Voribaches, Sarnen, und betreffend das vierte Teilstück der Postautomobilstraße Sachseln — Flüeli werden formuliert.

Die Einwohnergemeinderäte werden eingeladen, die geeigneten Maßnahmen zu treffen für eine den hiesigen Verhältnissen angepasste Erfassung und Bewertung der Altstoffe.